

Kleine Anfrage 2330

der Abgeordneten Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Nachfrage zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Frankenhainer Luch“

In der Antwort zur LT-D 6/5242 wird erläutert, dass Eigentümer von landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Grundstücken zu den Eingriffen in ihr Eigentum, über das Beteiligungsverfahren der Gemeinden und der Träger öffentlicher Belange sich informieren können, bzw. sogar die Dienststunden im Auslegungsverfahren zu Einsichtnahme zur Verfügung haben.

Weiterhin ist erläutert, dass die landwirtschaftliche Nutzung weitergeführt werden könnte und Ausgleichszahlungen aus der Agrarförderung nutzen könnten.

Es wird ausgeführt, dass die Jagd ausgeübt werden kann.

Ich frage die Landesregierung:

1. Worin besteht die Rechtsgrundlage des Eingriffs in das grundgesetzlich geschützte Eigentum der Grundstücksbesitzer im Bereich des geplanten Naturschutzgebietes und welche Rechtsfolgen entstehen für den Eigentümer?
2. Welche Rechtsgrundlagen setzen die Grundrechte der Grundstückseigentümer außer Kraft?
3. Welche Rechtsnorm eröffnet dem Ordnungsgeber die Möglichkeit, mit Nachnutzern oder Pächtern über Grundeigentumsnutzungsänderungen zu verhandeln und die Information zur Absicht des Eingriffs in das Grundrecht an den betroffenen Eigentümer, dem Zufall zu überlassen?
4. Worin besteht die Notwendigkeit, diese Flächen unter Naturschutz zu stellen?
5. Wenn die Nutzer der landwirtschaftlichen Flächen Anträge der Agrarförderung zum Kostenausgleich der Einkommensverluste stellen können, wie hoch stellt sich der Fördersatz dar, wer führt das dann für die Landwirte zusätzliche und zeitaufwändige Antragsverfahren durch?
6. Wie aufwändig ist das Antragsverfahren (wie viele Seiten umfasst der komplette Antrag und wie viele Daten bzw. Anlagen muss der Landwirt beibringen), wer trägt die dabei anfallenden zusätzlichen Kosten und wer ermittelt die Einkom-

mensverluste, die dann zusätzlich anfallen und wie lange dauert das Bewilligungsverfahren von der Antragstellung bis zur Auszahlung ?

7. Im Frankenhainer Luch sind durch die schwere Zugänglichkeit besonders viele Wildschweine, Waschbären, Marderhunde, Nerze und andere Neozoen zu beobachten, die bisher sehr intensiv bejagt werden. Im Verordnungsentwurf ist die Jagdart vorgeschrieben, auch der Umgang mit jagdlichen Einrichtungen. Im Frühjahr wird die Saat in die Böden gebracht, Wildschweine richten dann auf diesen Freiflächen große Schäden an (es ist jagdliche Praxis, das Wild anzugehen), wie soll die Jagd dann ausschließlich vom Ansitz erfolgen?
8. Welche Kosten entstehen den Jägern, wenn Zustimmungen für jagdliche Einrichtungen eingeholt werden?
9. Wer übernimmt die Kosten für Wildschäden, wenn Zustimmungen für jagdliche Einrichtungen nicht oder zu spät erteilt werden und die Jagd ausübenden so Wildschäden nicht verhindern konnten?
10. Welche Bemühungen und Aktivitäten sind von Seiten der Naturschutzbehörden geplant, die Gelege der Bodenbrüter und Kleintiere vor Wildschweinen, Waschbären oder anderen Nesträubern, zu schützen um die Artenvielfalt überhaupt zu erhalten?
11. Welche Kosten werden jährlich oder einmalig zu erwarten sein?
12. Die Jagd in Luchgebieten ist ohnehin unattraktiv und mit zusätzlichen Lasten verbunden, insbesondere durch Dornenbewuchs, unkalkulierbare Wassersenken sowie Verbuschung. Sie sind regelmäßig Rückzugsgebiet für Raubwild, Neozoen oder Wildschweine, die sich dort auch stark vermehren. Ist es Ziel des Verordnungsgebers, diese Entwicklungen zu befördern?